

## DAS THEMA

Auch das zurückliegende Jahr 2016 war für den Petitionsarbeitskreis der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ein sehr arbeitsreiches. Das verdeutlicht schon die Tatsache, dass insgesamt 1.102 Biten und Beschwerden durch die Bürgerinnen und Bürger beim Petitionsausschuss des Landtages eingereicht wurden.

Anja Müller, Sprecherin für Petitionen und Bürgeranliegen der Linksfraktion, sieht dahingehend eine positive Entwicklung: „Bürgerinnen und Bürger merken, dass sie sich vertrauensvoll an die Mitglieder des Petitionsausschusses wenden können, um ihre Probleme mit Ämtern und Behörden vorzutragen. Der Petitionsausschuss führt in jedem Fall eine individuelle Prüfung durch und versucht, ebenfalls Abhilfe zu schaffen.“

Insgesamt wurden durch den Petitionsausschuss 1.338 Petitionen abschließend behandelt. Allein der Petitionsarbeitskreis der Fraktion hat davon um die 350 Stück bearbeitet, geprüft, abgeschlossen. „Das ist eine hohe Anzahl, gerade wenn man bedenkt, dass wir den Anspruch haben, jeden Einzelfall gewissenhaft zu prüfen und ein themenspezifisches Hintergrundwissen vorweisen zu können. Nicht selten begleiten uns Petitionen über mehrere Ausschüsse hinweg, da sie so vielschichtig sind“, so Anja Müller weiter.

Oft geht es um komplexe Angelegenheiten, die nicht so leicht durchschaubar sind. So vereinbaren die Abgeordneten Vor-Ort-Termine, um sich persönlich ein Bild machen zu können. Die meisten Ortstermine hat Ronald Han-

# Schnelle und wirksame Hilfe

Petitionsarbeitskreis bearbeitete 350 Bürgereingaben



de im Jahr 2016 durchgeführt. Der „rasende Ronald“, wie der Abgeordnete in die internen Chroniken eingegangen ist, hat sich die Zeit genommen und Petenten im gesamten Landesgebiet aufgesucht, um sich die jeweiligen Probleme schildern und zeigen lassen.

Im Januar 2017 gab es eine personelle Veränderung im Petitionsausschuss. Ute Lukasch wird nun den Arbeitskreis tatkräftig bei der Bewältigung der hohen Anzahl an Petitionen unterstützen. Auch in diesem Jahr ist das „Bürgerbüro“ der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag besetzt und

steht Bürgerinnen und Bürgern jederzeit mit Rat und Tat für ihre Probleme, Sorgen und Anregungen zur Seite. „Wir wollen weiterhin die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und versuchen, eine schnelle und qualitativ hochwertige Hilfe den Menschen zur Verfügung zu stellen“, so Anja Müller abschließend.

Das Bürgerbüro der Linksfraktion im Thüringer Landtag ist unter der Telefonnummer 0361 377 2611 erreichbar.

Im Foto (v.l.): Ute Lukasch, Ronald Hande und Anja Müller

## Palliativ- und Hospizversorgung in Thüringen

Die regierungstragenden Fraktionen LINKE, SPD und Grüne sowie die CDU-Fraktion haben sich auf einen Antrag zur weiteren Verbesserung der Versorgung von Hospiz- und Palliativpatienten verständigt, der u.a. vorsieht, den Runden Tisch „Hospizarbeit und Palliativmedizin in Thüringen“ weiter zu entwickeln, die Bildung von Palliativteams in den Thüringer Krankenhäusern zu fördern und die ehrenamtliche Unterstützung Angehöriger von Schwerstkranken zu stärken. Die Hospiz- und Palliativversorgung in Thüringen soll einer Bedarfsanalyse unterzogen werden. Die Fraktionen betonten, dass die Begleitung und Versorgung Schwerstkranker und Sterbender sowie deren Angehöriger eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, die mit besonderer Sensibilität und unter Wahrung der menschlichen Würde geschehe.

Besonders auch die ambulante Palliativversorgung sowie die bedarfsgezielte Verteilung von Hospizangeboten seien zukünftig wichtig. Das gemeinsame Vorgehen verdeutliche, dass es bei den wichtigen gesellschaftlichen Fragen möglich sei, eine gemeinsame Lösung zu finden.

## Tarifeinheitgesetz schleift Grundrecht

Zur Beschwerde in Sachen Tarifeinheitgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht sagte Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, der nach Karlsruhe zur Verhandlung gefahren war: „In der Konsequenz kommt die Anwendung des Tarifeinheitgesetzes einem Gewerkschaftsverbot gleich und stellt sich dem Gewerkschaftspluralismus in Deutschland entgegen.“

Mit einem Frontalangriff auf die Tarifautonomie wurde das Tarifeinheitgesetz in Kraft gesetzt, das nunmehr vor das Bundesverfassungsgericht getragen wurde. Im Ergebnis der mündlichen Verhandlung am 24. und 25. Januar muss der 1. Senat am Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes entscheiden. Mehrere Beschwerdeführer haben vorgebracht, dass es eben nicht um eine vordergründige Tarifeinheit geht, sondern vielmehr um die Tatsache, dass Arbeitskampfmaßnahmen kleinerer Gewerkschaften für den Fall beschnitten werden sollen, dass sie sich auf die Durchsetzung eines Tarifvertrages richten, der sich nur auf eine Minderheit der im Betrieb Beschäftigten auswirken würde. In der Anwendung des Gesetzes sollen dann Gerichte diese

Arbeitskampfmaßnahmen für rechtswidrig erklären. Die mit dem Verfahren in massiver berechtigter Kritik stehende Bundesregierung als Initiatorin und die Bundestagsmehrheit, die das Gesetz beschlossen hat, argumentieren, das Gesetz wirke gegen die Entsolidarisierung durch die verschiedensten Beschäftigungsverhältnisse.

Rainer Kräuter zeigte sich „erstaunt, mit welcher Argumentationslinie die Bundesregierung auf das Grundrecht der Koalitionsfreiheit, Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz, als Teil der Vereinigungsfreiheit einwirken will, um Arbeitskampfmaßnahmen kleiner Gewerkschaften zu verhindern. Für mich steht das Grundrecht der Koalitionsfreiheit auf einer selben Stufe, wie die Meinungs-, die Informations-, die Religions- oder die Pressefreiheit. Grundrechte dürfen nicht Verhandlungsmasse sein“.

Elf Verfassungsbeschwerden sind anhängig. Sie kommen nicht nur von Verdi und Beamtenbund, Piloten- wie Flugbegleiter-Gewerkschaft, Vertretern von Ärzten und Journalisten, auch von der Vereinigung deutscher Opernhöre und den Bühnentänzern. Das Urteil ist erst in mehreren Monaten zu erwarten.

## KURZ UND PRÄGNANT

### Investitions- statt Steuersenkungsoffensive

Bezugnehmend auf Medienberichte zum gescheiterten Pilotprojekt in Steinach, Unternehmensansiedlungen dadurch zu generieren, dass die Gewerbesteuer auf ein Mindestmaß reduziert wird, erklärte Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion:

„Das Beispiel Steinach belegt sehr eindrücklich, dass die steuerlichen Voraussetzungen nur eines unter vielen Kriterien sind, nach denen Unternehmen ihre Ansiedlungspolitik ausrichten. Andere Faktoren, wie etwa Infrastruktur und Fachkräfteangebot, sind viel bedeutender. Auch bei den generellen Debatten in Bund und Land werden oft Steuersenkungen gegen öffentliche Investitionen in Stellung gebracht. Gerade mit Blick auf die guten Jahresabschlüsse etwa des Bundes belegen Fälle wie Steinach, dass wir viel mehr als eine Steuersenkungsdebatte ein Mehr an öffentlichen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und in die oftmals unterfinanzierten sozialen Bereiche brauchen. Diese führen direkt zu regionaler Wertschöpfung, sichern und schaffen Arbeitsplätze und stärken auch nachhaltig den ländlichen Raum. Dieser Weg ist der richtige, um unser Land voranzubringen, egal ob auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene.“

### Finanzausgleich wird modernisiert

Zum Gutachten zum Thüringer Finanzausgleichsgesetz, das Zahlungen des Landes an Städte, Gemeinden und Kreis regelt, erklärte Frank Kuschel, Kommunalpolitiker der Linksfraktion:

„Das Ergebnis des Gutachtens kommt nicht überraschend. Der Finanzausgleich 2016/17 war nur ein erster Schritt hin zu einem neuen bedarfsorientierten Finanzausgleich, der ab 2018 gelten soll. Bei aller Kritik bleibt festzustellen, dass den Kommunen 2016 im Vergleich zu 2014 eine Summe von 374 Millionen Euro mehr zur Verfügung stand. Steigende Steuereinnahmen wurden nicht mit den Landeszuweisungen verrechnet, zudem sind Landeszuweisungen außerhalb des Finanzausgleichs erheblich angestiegen. Das Gutachten belegt darüber hinaus, dass man sich auch mit den kommunalen Strukturen beschäftigen muss. Schließlich werden steigende Landeszuweisungen perspektivisch die Leistungsfähigkeit des Landes überfordern. Ein Ziel der Verwaltungs- und Gebietsreform ist daher, die Kommunen verwaltungsseitig so aufzustellen, dass ihre dauerhafte Leistungsfähigkeit gesichert ist.“